



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichsspiegel

Berlin, 18. Juli 1909

(Der Kanzlerwechsel. Von den Partelen. Das Besoldungsgesetz.)

Der 14. Juli wird auf lange Zeiten ein denkwürdiger Tag für das Deutsche Reich bleiben, denn er brachte das eigentlich von keiner Seite wirklich gewünschte Ausscheiden des Fürsten Bülow aus seinem Amte, des erfolgreichsten Reichskanzlers seit Bismarck, dem er auch an Amtsdauer am nächsten kommt. Zugleich haben sich außer den notwendigen Ersetzungen einige Verschiebungen in den leitenden Stellen des Reichs und Preußens vollzogen, auf die man nicht gerade gefaßt war. Trotzdem sind diese Änderungen mit aller Ruhe hingenommen worden, was bei unsrer kritisch-tüchtigen Presse immerhin bemerkenswert ist, aber in dem Umstände ausreichende Begründung findet, daß nach einem Überblick über die Namen jedermann zu der Überzeugung kommen muß: der Kurs bleibt der alte. Damit war eigentlich niemand unzufrieden gewesen, und der allgemeine Wunsch ging dahin, daß auch der verantwortliche Steuermann der alte hätte bleiben sollen. Da er aber selbst nicht mehr wollte und auch der Kaiser seine Gründe billigte, hat es nicht sein sollen. Wir müssen uns also mit einem andern Steuermann zurechtfinden. Der neue Reichskanzler hat bei seinem Amtsantritte eine gute Presse vorgefunden, selbst im Auslande. Daß Pariser und Londoner Blätter sich nicht enthalten können, dem Fürsten Bülow einige Vorwürfe nachzurufen, hat in Deutschland nur die Ansicht bestärkt, daß wir an ihm viel verloren haben, und Herr v. Bethmann wird nicht verfehlen, daraus den Schluß zu ziehen, daß für die auswärtige Politik die strengste Nachfolge Bülows seine vornehmste vaterländische Aufgabe ist. Daß der bisherige Stellvertreter — so darf man wohl immerhin sagen — des Fürsten Bülow zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt worden ist, läßt deutlich die Mitwirkung des Fürsten Bülow erkennen; es wird auch nicht bezweifelt, daß auf seinen Rat der Kaiser die Ernennung vollzogen hat. Nur die Berufung eines andern hätte Erstaunen hervorgerufen, obwohl ein Diplomat, auch ein höherer Armee- oder Marineoffizier mit diplomatischer Erfahrung sehr wohl hätten in Frage kommen können. Trotzdem war das Geheimnis der Ernennung wie auch der übrigen Personalveränderungen bis zur letzten Stunde vollständig gewahrt worden, die sonst immer „unterrichteten“ Blätter teilten höchstens Vermutungen mit, und die Kontrolle der Möbelwagen vor dem Reichskanzlerpalais hatte sogar zu einem Fehlschluß geführt. Erst am Vorabend konnte ein hauptstädtisches Organ durch seine vorzüglichen Verbindungen feststellen, daß ein Besuch der Gattin des bisherigen Vizekanzlers im Reichskanzlerpalais wegen besondrer Umstände als zukünftige Besitzergreifung gedeutet werden müsse. Die Beziehung zur Bediententreppe hat sich im vorliegenden Falle als zuverlässig erwiesen. Diese Nebenfächlichkeit sei hier bloß erwähnt, um weitere Kreise abermals darauf hinzuweisen, wie wenig von den zahlreichen angeblichen Nachrichten aus der Umgebung des Kaisers zu halten ist. Von dort und über die Beziehungen des Monarchen zu seinen Ratgebern erfahren die Blätter nie mehr, als was veröffentlicht werden soll. Über alles weitere liegt undurchbringliches Geheimnis. Zur Erhärtung sei noch daran erinnert, daß vor sechs Jahren die Notwendigkeit der bekannten Stimmriioperation beim Kaiser unmittelbar nach den großen Manövern in Sachsen erkannt worden war, und daß doch acht Wochen lang keine Zeitung eine Silbe darüber erfahren hatte, obwohl eine große Zahl von vertrauten Personen davon gewußt haben muß. Von diesen ist nie etwas zu erfahren, und die Nach-

richten über die Hintertreppe lassen nur in seltenen Fällen eine so sichere Schlussfolgerung zu wie der Besuch einer Dame in ihrer zukünftigen Küche.

Der neue Reichskanzler ist der erste, der aus der innern Verwaltung hervorgegangen ist, und seine Ernennung legt den Schluß nahe, daß augenblicklich der Schwerpunkt der deutschen Politik auf dem Gebiete des Innern liegt. Da Herr v. Bethmann der Stellvertreter und auch der Vertraute seines Vorgängers war, so ist er sicher mit der bisherigen Richtung der innern Politik vollkommen einverstanden gewesen, und es liegt nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vor, daß er andre Bahnen einschlagen werde. Eine direkte Fortsetzung der Politik mit dem sogenannten Block ist freilich nicht möglich, da er in Stücke geborsten ist, jedoch besteht auch kein Zweifel darüber, daß der Reichskanzler in keinem Falle gegen seine bisherige Überzeugung Schritte unternehmen würde, die auf die alleinige Unterstützung der Konservativen und des Zentrums angewiesen wären. Ihm liegt das Ausscheiden des liberalen Elements vollkommen fern, und er begegnet sich darin durchaus mit der Ansicht des Monarchen und auch des Bundesrats. Es wird somit vom Verhalten der liberalen Parteien abhängen, wie weit sie gewillt sind, ihr parteipolitisches Gewicht durch positive Mitarbeit zur Geltung zu bringen. Denn bei der aus verständlichen Beweggründen in den letzten Wochen eingehaltne reinen Oppositionsstellung können sie im eignen Interesse auf die Dauer nicht beharren. Sie würden sich dadurch in eine viel zu bedenkliche Nähe zur Sozialdemokratie begeben, als es das Volksbewußtsein, wie es bei den letzten Wahlen zum Durchbruch gekommen ist, verträgt. Es ist ohnehin kein Vorteil für den Liberalismus, daß er die soeben wieder gebotne Gelegenheit, zu einer straffern Einheit zu gelangen, abermals unbenutzt hat vorübergehen lassen. Seine schwachen Fährlein werden einzeln gegenüber den stärkern und einheitlicher organisierten Parteien, den Konservativen und dem Zentrum, einen viel schwerern Stand haben, als wenn sie geschlossen vorgingen. Nur in dieser Form würden sie auch einer ihnen wohlgesinnten Regierung eine wirkliche Stütze bieten. Schwäche neigt gern zur Opposition, aber damit ist keiner Regierung gedient, und schließlich würde jede Politik, die auf die Mitwirkung der Liberalen gerichtet ist, unmöglich werden. Die Regierung würde die Mehrheiten nehmen müssen, die sich ihr bieten, wie man das eben erst bei der Reichsfinanzreform vor Augen gehabt hat. Die Liberalen dürfen doch keinen Augenblick vergessen, daß sie eine bürgerliche Partei ausmachen, die sich politisch positiv betätigen und gewisse hergebrachte Neigungen überwinden muß, sonst kann ihnen keine Regierung, auch die liberalste nicht, helfen.

Die Lage der Parteien, wie sie der neue Reichskanzler vorfindet, ist ziemlich ungünstig, gerade für seinen Standpunkt doch kaum ungünstiger als die, mit der sich sein Vorgänger bis zur letzten Reichstagswahl zurechtzufinden hatte. Immerhin bleibt es eine sehr schwierige Aufgabe, die sich der Staatskunst des Reichskanzlers darbietet. Er ist allenthalben mit Vertrauen aufgenommen worden und wird am klarsten erkennen, daß er sich dieses Vertrauen täglich neu erwerben muß, um es dauernd zu besitzen wie sein Vorgänger, dem dieses Glück aber auch erst in den letzten Jahren beschieden war. Er hat die Zeit vor sich, und man sagt: die Zeit bringt Heilung. Jedenfalls kann sie heilend auf die jetzt zerrissnen Parteiverhältnisse einwirken, wenn sich die Aufregung dieser Tage gelegt hat über die Vorgänge, die nicht mehr zu ändern sind, die aber durchaus nicht gerade so verlaufen mußten, wie sie sich abgewickelt haben. Mit Klagen darüber kommt man nun nicht weiter, aber man kann aus dem Geschehenen lernen. Wenn sich jetzt die Liberalen — wenigstens in ihren Blättern — gewissermaßen als die Schicksalsgenossen des Fürsten Bülow hinstellen, so mag ihnen das wohl tun, auch einigen

Eindrucks auf die Massen fähig sein, aber auf die Dauer ist es nicht von Nutzen. Ob Fürst Bülow seinerseits Gefühle ähnlicher Art hegt, ist sehr fraglich. In dem vor einigen Tagen mit seiner Bewilligung veröffentlichten vielerörterten Gespräch unterstreicht er seine frühere Beurteilung der konservativen Parteileitung mit harten Worten, aber die liberale Opposition erwähnt er mit keiner Silbe, am wenigsten mit einem Worte der Anerkennung oder gar des Dankes. Auch sonst hat bisher von seiner Seite nichts verlautet, was sich in diesem Sinne deuten ließe. Das wird hier nicht ausgesprochen, um den Liberalen etwas Unangenehmes zu sagen — das besorgen schon andre Leute —, sondern um sie in ihrem und des Reiches Interesse vor Täuschungen zu warnen. Jede Opposition hat im Auge eines Regierenden nur dann Wert, wenn sie in der ersten Absicht einer wirklichen Verbesserung geführt wird, und wenn sie einen positiven Erfolg erreicht. Das gerade werden die Liberalen selbst von ihrer letzten Opposition nicht behaupten können, und daß sie sogar gegen die Steuervorlagen stimmten, für die sie vorher eingetreten waren, war kein Beweis von Stärke, sondern eine leere Demonstration. Mit der Fortsetzung dieser Taktik würde dem Zentrum erst recht zu einer dauernden Machtposition verholfen. Wollte sich der Liberalismus damit begnügen, und glaubt er seine Stellung dadurch zu verbessern, daß er die Konservativen für alles verantwortlich macht und seine ganze Tätigkeit auf ihre Bekämpfung beschränkt, so wird er höchstens Befriedigung auf dem Flügel erzeugen, der sich heute noch in der Rolle als Vorfrucht der Sozialdemokratie wohlbefindet. Dem Liberalismus als bürgerliche Partei wäre damit übel gedient, wenn auch der vieldeutige Ausdruck liberal selbst ein solches Vorgehen decken würde. Aber für Bebel bis Wassermann gibt es keinen gemeinschaftlichen Boden. Die liberalen Parteien haben vor dritthalb Jahren ihre jetzige Verstärkung nur erfahren, weil sie sich auf den nationalen Boden gestellt hatten; die Wähler, die diesen Umschwung entschieden, waren keineswegs eingeschriebene Liberale, und sie würden in Zukunft für einen in die Oppositionsstellung zurückgefallenen Liberalismus in keinem Falle zu haben sein. Der Triumph der Sozialdemokratie und damit die Vormachstellung des Zentrums wären damit endgiltig entschieden. Es ist anzunehmen, daß in einsichtigen liberalen Kreisen diese Lage erkannt, und wenn wieder Zeiten ruhiger Erwägung gekommen sind, auch danach gehandelt wird. Der Block ist durch beiderseitige Schuld gescheitert, aber der zugrunde liegende nationale Gedanke besteht, denn er ist richtig. Es werden wieder Zeiten kommen, wo man sich in nationalen Fragen zusammenfindet, und es würde ein Armutszeugnis für den Liberalismus sein, wenn er dem stets bereitstehenden Zentrum die Gelegenheit eröffnen wollte, nationaler zu sein als er.

Die konservative Parteileitung hat auf die in einem Hamburger Blatte veröffentlichte Äußerung des Fürsten Bülow eine Erwiderung veröffentlicht, die in einem sehr hohen Tone gehalten ist; soweit sie sich auf die zurückliegenden Ereignisse bezieht, mag sie hier auf sich beruhen, da doch nichts mehr zu bessern ist. Aber der stark hochmütig klingende Satz: „Mögen auch manche Elemente mehr gouvèrnementaler und schwankender Richtung von uns sich trennen“, erfordert doch eine Entgegnung. Die satte Selbstgerechtigkeit der Parteileitung scheint keine Empfindung dafür zu haben, welche schweren innern Kämpfe bisher stets getreuen konservativen Männern erwachsen müssen, wenn sie sich durch weitere Fehler der leitenden Stelle gezwungen sehen würden, sich von der Partei abzuwenden. Darüber mit dem unberechtigten Vorwurfe „gouvèrnemental und schwankend“ hinweggehen zu wollen, ist eine Überhebung, die niemand zusteht. Der konservativen Partei haben die gouvèrnementalen Elemente niemals zum Nachteil gereicht, zu verschiedenen Zeiten sind gerade von dieser Seite der Überzeugung Opfer gebracht worden, die man auf dem agrarischen Flügel bisher kaum zu beobachten Gelegenheit hatte.

Warum hat denn der Abgeordnete Dr. von Heydebrand und der Lasa seine unstreitig eindrucksvolle Rede nicht zu Anfang der Debatten gehalten, um der ablehnenden Haltung gegenüber der Erbanfallsteuer eine der Partei würdige, wenn auch nicht von allen gebilligte politische Unterlage zu geben? Warum kam sie erst, nachdem alles vorüber war, während man vorher mit den rein agrarischen Argumenten operieren ließ, die nicht bloß bei den grundsätzlichen Gegnern der Konservativen den Anschein des Eigennutzes der Partei aufkommen ließen? Schon da liegen taktische Fehler vor, die die Parteileitung keineswegs zu einer so überhebenden Sprache berechtigen. Bisher hat die konservative Partei noch auf dem Standpunkte gestanden, daß das Deutsche Reich größer ist als der Zirkus Busch; es wird auch die Zeit wieder kommen, wo eine konservative Parteileitung das einsieht.

In die vergangne Woche fällt auch die endliche Verabschiedung des Reichsbesoldungsgesetzes. Die analoge Vorlage für Preußen war schon vor Wochen Gesetz geworden, und da die Reichsfinanzreform zustande gekommen war, mußte auch die Reichsbesoldungsvorlage noch vor Schluß des Reichstags in den Hafen gebracht werden. Die anscheinend schweren Meinungsverschiedenheiten waren in der Kommission ausgeglichen worden, es fehlte nur noch die Abstimmung zur zweiten und dritten Lesung. Alle Parteien hatten ein Interesse daran, auch mit Rücksicht auf die Wähler den Reichsbeamten endlich Beruhigung zu schaffen. Man hätte demnach auf einstimmige Annahme des Kompromisskompromisses, dem die Regierung beigetreten war, rechnen dürfen, aber das Parteiinteresse dachte anders. Noch niemals hat sich eine Reichstagsmehrheit durch die Rücksicht auf die Agitation gewisser Interessenten so weit treiben lassen wie am vorigen Montag; es handelte sich auch kaum noch um die Besoldungsvorlage, eher um die Stimmen der Postbeamten. Abends stand die Entscheidung auf des Messers Schneide, nachdem vom Bundesratsstiche dreimal jedes Hinausgehen über die Kommissionsbeschlüsse als unannehmbar und die gesamte Vorlage gefährdend bezeichnet worden war, und trotzdem 220 Abgeordnete (gegen 114) für die neu beantragten Erhöhungen gestimmt hatten. Es befanden sich darunter die Abgeordneten, die die Einnahme der Steuerreform nicht bewilligt hatten, ferner solche, die schon für Sparbarkeit auf allen Gebieten selbst geredet oder wenigstens dazu genickt hatten, und andre, die sich bei den für die weitere Begünstigung ausersehenen Beamten für zukünftige Wahlen zu empfehlen gedachten. Bei den erbitterten Gegnern der Finanzreform war wohl auch der Wunsch rege, durch Erhöhung der Ausgaben um so leichter den Beweis für die behauptete Unzulänglichkeit der neuen Steuern zu bringen. Die Berechtigung der Abänderung des Kompromisses spielte die geringste Rolle. Und alle diese Beweggründe konnten nur Erfolg haben, wenn der Bundesrat umfiel, wie der schöne Ausdruck heißt, und da er es nicht tat, fiel die Mehrheit am andern Tage selbst um. So kam die Besoldungsvorlage zustande. Kann man es bei solchem Verhalten des hohen Hauses den Beamten so sehr verdenken, wenn sie durch eifrige Agitationen ihre Interessen mit denen der Abgeordneten in eine unmißverständliche Verknüpfung zu bringen suchen? Das soll keine Entschuldigung unberechtigter Agitationen sein, sondern ein Hinweis darauf, wo ein verderblicher Anreiz dafür zu suchen ist. Natürlich kann das Besoldungsgesetz nicht alle zum Teil recht weitgehenden Wünsche berücksichtigen, aber alle Einsichtigen sind einverstanden, daß diesmal getan worden ist, was nach Lage der Finanzen möglich war. Die Beamenschaft hat der Reichsregierung und nicht zuletzt den Steuerzahlern für das Erreichte dankbar zu sein, und der schon in nächster Zeit infolge der Rückwirkung des Gesetzes bis zum 1. April 1908 zur Auszahlung gelangende Betrag wird ihr doppelt willkommen sein.

Konrad von Studt. Am 1. Juli feierte der frühere Kultusminister von Studt die Erinnerung an den Tag, an dem er vor fünfzig Jahren in den preussischen Staatsdienst eingetreten ist. Von den verschiedensten Seiten ist des Jubilars in anerkennender Weise gedacht worden. Seine Majestät der Kaiser hat Veranlassung genommen, durch ein Telegramm seine warme Teilnahme auszusprechen. Auch wir möchten unter den Glückwünschenden nicht fehlen. Der Minister von Studt hat vielfach scharfe Anfeindungen erfahren. Wir glauben aber sagen zu müssen, daß die erhobnen gehässigen und ungerechten Angriffe meist auf Unkenntnis der wirklichen Tatsachen beruhen. Wie das Kaiserliche Telegramm hervorhebt, kann sich der Minister von Studt mit Recht sagen, daß er stets ein treuer Diener des Königs und des Vaterlands gewesen ist. Wir erinnern nur an das Volksschulunterhaltungsgesetz und die ruhige, sichere Art, in der Minister von Studt den polnischen Schulstreik zum Ende gebracht hat und allzeit für Förderung des Deutschthums in den Ostmarken eingetreten ist. In dem sonst recht schätzenswerten Buche von Germanicus „Fürst Bülow und seine Zeit“ findet sich leider auch ein Abschnitt, der die Tätigkeit des Ministers von Studt in falscher Beleuchtung darstellt, was wohl nur daraus zu erklären ist, daß dem Verfasser die wirklichen altentwäglichen Tatsachen nicht ausreichend bekannt gewesen sind. Die Geschichte wird einmal anders urteilen und das verdienstvolle Wirken eines Beamten wie des Ministers von Studt besser zu würdigen wissen und ihm die Anerkennung zuteil werden lassen, die gehässige Leidenschaft ihm jezt bisweilen vorzuenthalten sucht.

Für die Herausgabe verantwortlich Karl Weisser in Leipzig und George Kleinow in Berlin-Friedenau. Alle Zuschriften an die Redaktion sind nur nach Leipzig, Inselstraße 20, zu richten.

Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Heimatschutz in Sachsen

Vorträge von R. Beck, Oskar Drude, Cornelius Gurlitt,
Arnold Jacobi, Ernst Kühn, Franz Mammen, Robert Wuttke

Mit 74 Abbildungen. [IV u. 184 S.] 8. 1909. Steif geheftet M. 2.25.

Inhalt: Die Entstehungsgeschichte des heimatischen Landschaftsbildes. Von Geh. Hofrat Professor Dr. Drude in Dresden. — Über schutzbedürftige geologische Naturdenkmäler in Sachsen. Von Oberbergat Dr. Beck in Freiberg. — Heimatschutz im Walde. Von Privatdozent Dr. Mammen in Charandt. — Der heimatische Pflanzenschutz. Von Geh. Hofrat Professor Dr. A. Jacobi in Dresden. — Schutz des landschaftlichen Bildes. Von Baurat Ernst Kühn. — Schutz des Stadtbildes. Von Cornelius Gurlitt in Dresden. — Heimatschutz in Sachsen. Von Professor Dr. Robert Wuttke in Dresden.

Eine mächtige Bewegung geht durch die deutschen Gaue und hat in Sachsen zur Gründung eines Landesvereins geführt, dessen Zweck im Schutz der sächsischen Heimat mit ihrer natürlichen und geschichtlich herausgebildeten Eigenart besteht.

Die Ziele dieser Bewegung in einer Reihe von selbständigen Vorträgen zu entrollen, haben sechs Vertreter verschiedener Wissenschaftsgebiete sich entschlossen, in der Hoffnung, ebenso klärend als für die gute Sache anfeuernd wirken zu können.

Sie wollen erklären, was der sächsische Landesverband schützen, wo er bessernd eingreifen will. Schon die seltene Mischung verschiedenartiger Fachleute, die nicht der Zufall zusammenwürfelte, sondern die ein gemeinsamer Plan aneinanderschließt, zeigt den weiten Umfang der Heimatschutzbewegung.